

**John Chown**

**A History of Monetary Unions**

-----  
Buchbesprechung von Dieter Spethmann  
-----

John Chown, als Währungsfachmann international anerkannt und ausgewiesen durch sein Buch „A History of Money“ und viele andere Veröffentlichungen, bietet mit diesem Werk einen in viele Einzelheiten gehenden Überblick über die vielfältigen Versuche des Menschen, aus Währungsunionen Nutzen zu ziehen. Routledge erweitert damit seine verdienstvolle Schriftenreihe „Routledge International Studies in Money and Banking“.

In den „Prinzipien der Währungsunion“ erinnert der Autor in Teil I an Karl den Grossen, der als erster ein Pfund Silber in 240 Pfennige teilte und das System allen Ländern auferlegte, die er eroberte. Dazu gehörte, wie wir wissen, nicht England, und doch übernahm England dieses System, nämlich freiwillig. Das System gehört also wohl zu den historischen Errungenschaften, denen man Zeitlosigkeit zusprechen kann. So gut muss es gewesen sein. Nach der Lektüre der „Prinzipien“ kennt der Leser alle Elemente, die er zum Verständnis des naturgemäss schwierigen Themas braucht: Metallismus, Bimetallismus, nicht konvertierbares Papiergeld, feste gegen flexible Wechselkurse, Currency Boards, Dollarisierung, Münzgewinn – und Gresham’s Law in wohlverstandener Lesart.

Teil II behandelt die Entwicklung nach den Napoleonischen Kriegen. Der 1821 mit Beginn der europäischen Industrialisierung von Grossbritannien eingeführte Goldstandard dominierte alle Währungssysteme bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Bimetallismus funktionierte, wo gesichert war, dass das vom staatlichen Münzregal festgesetzte Austauschverhältnis zwischen Gold und Silber nicht oder nur unwesentlich von den Marktrelationen abwich (ansonsten Arbitrage bzw Gresham’s Law).

Deutschland war Ende des 18. Jahrhunderts in etwa 300 Königreiche, Fürstentümer und Grafschaften gespalten, was entsprechenden Wirrwarr der Währungen mit sich brachte. Der Deutsche Zollverein schuf 1833 einen ersten Rahmen zur gegenseitigen Annäherung. Münzverträge in München (1845) und Karlsruhe (1845 und 1853) folgten. Eine „Wiener Konvention“ verband die rivalisierenden Währungssysteme, wie sie Österreich und Preussen damals hatten, auf der Basis von 30 Talern, die aus einem Pfund Silber (500 gr) zu schlagen waren. Die Gründung des Deutschen Reiches schliesslich im Jahre 1871 führte zur Schaffung der Mark, die den britischen Goldstandard adoptierte – Anfang vom Ende des Bimetallismus. Ab 1875 hatte die neu gegründete Deutsche Reichsbank das Emissionsrecht für Banknoten.

Die österreichisch–ungarische Währungsunion ab 1867 erlaubt auch im Rückblick wertvolle Erkenntnisse. Sie beruhte auf Banknoten („Fiat Money“) statt auf Gold und währte bis zum Ersten Weltkrieg. Jeder der beiden Teilnehmerstaaten blieb unabhängig mit eigener Währung und eigenen Haushalten. Verteidigung und Aussenpolitik hingegen wurden vergemeinschaftet. Der österreichische Florin basierte mit 1,5 fl auf dem silbernen Conventionstaler, während der ungarische Forint auf dem Silberforint mit 70 % Silbergehalt basierte. Der Wiener Finanzmarkt behandelte die Währungen 1 : 1. 1878 wurde die Österreichische Nationalbank zur Österreichisch-Ungarischen Bank. Deren Aktien lagen mit 70 % beim österreichischen Staat und mit 30 % beim ungarischen. Diese Bank emittierte „Kronen“ als Banknoten. Ungarn musste jedoch ab einem gewissen Zeitpunkt Kapital im Ausland aufnehmen, wofür Goldgarantien nötig wurden. Die musste Ungarn allein stellen. So wurde Ungarn rasch das „Hard-Money-Mitglied“ der Währungsunion. Offiziell kam es nie zum Goldstandard. Der Erste Weltkrieg machte die Frage gegenstandslos.

Die Lateinische Währungsunion fusste auf dem französischen Bimetallismus von 1803. Belgien schloss sich 1830 an, die Schweiz 1848 und Italien 1861. Eine Einigung zwischen Paris und London, vielfach erstrebt, wurde nie erreicht. Aber im Laufe der Zeit sank der Silbergehalt der Münzen dieser Union auf den halben Nennwert. Der Staat erhöhte damit zwar seinen Münzgewinn, musste aber reale Einbussen hinnehmen, wenn Steuern mit diesen Münzen zum Nennwert gezahlt wurden. So kam es zu

einem „hinkenden Goldstandard“, der ebenfalls mit dem Ersten Weltkrieg sein Ende fand.

Die Auflösung von Österreich-Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg führte die Tschechen, Serben, Kroaten und Slowenen zu der Erfahrung, dass, wenn eine bestehende Währungsunion ins Zwielficht gerät, ein frühes Ausscheiden aus ihr vorteilhaft ist. Denn: „Staaten, die ihr Ausscheiden aus einer Währungsunion hinauszögern, müssen sich mit mehr als ihrem Anteil an alter Währung überschütten lassen.“ So Chown auf Seite 133.

Teil III behandelt die „Silver Countries“, Russland und die Sterling-Zone vor 1914 – für den historisch interessierten Leser eine Fundgrube von Details und Zusammenhängen.

Teil IV behandelt das frühe 20. Jahrhundert und den Zusammenbruch des Goldstandards, also den Triumph des Notengeldes (Fiat Money).

Teil V behandelt das monetäre Chaos in den Dreissiger Jahren.

Teil VI behandelt die Nachkriegs-Währungsordnung, also das Festkurssystem von Bretton Woods, und seinen Zusammenbruch.

Ab Seite 197 behandelt Chown in Teil VII die Europäische Währungsunion EMU, „It was all ‚spin‘ and no substance.“ So kennzeichnet Chown das grundlegende Dokument („Green Paper“) der EU-Kommission von Mai 1995: „...a serious disappointment ... more of a propaganda document“. Hart geht er ins Gericht („... it was wrong...“) mit der These des „Green Paper,“ dass nationale Autonomie in der Währungspolitik des heutigen Europa nichts mehr bedeute. Chown zitiert den Ökonomen Wyplosz, wonach damals Frankreich, Italien und Spanien erkannten, dass sie die Kontrolle über ihre eigene Währungspolitik verloren hatten. Weiter zitiert er den amerikanischen Ökonomen Martin Feldstein: „Frankreich und andere sehen die EMU als eine Gelegenheit, deutscher Dominanz zu entfliehen.“ Schliesslich zitiert Chown den amerikanischen Politologen Larry Siedentop, für den ein zentrales Problem der EMU der Wettstreit zwischen unterschiedlichen und vielleicht miteinander unvereinbaren Staatsmodellen ist. Leider, so meint Siedentop, eigne das britische Staatsmodell der von unten nach oben gewachsenen und funktionierenden Souveränität sich nicht zum Export, wohingegen das französische Modell mit seiner eingebauten Vorliebe für Staatsmacht leicht über die gesamte EU hinweggezogen werden könne. Chown identifiziert sich mit Siedentop,

dass die Europäer in Staaten zu leben verdienten, deren Selbstverständnis ist, dem Bürger zu dienen.

Reiches Material findet der Leser auch über das Chown-Wood-Modell von 1989, mit dem ein Korb-Ecu als Parallelwährung für Europa vorgestellt wurde – leider erfolglos.

Eine Abhandlung über Währungskontrollen. schliesst die Behandlung westlicher Themen ab.

Breiten Raum widmet Chown in Teil VIII dem Zusammenbruch der Sowjetunion als Staatswesen (1992) bei Aufrechterhaltung des russischen Rubels für alle zwölf Mitglieder des damit gegründeten politischen Gemeinwesens CIS. Innerhalb von zwei Jahren zerriss diese Währungsunion aber „... unter Umständen, die Marx ihre eigenen internen Widersprüche genannt haben könnte“. Die Entwicklung der Nachfolgewährungen wird in übersichtlichen Tafeln dargestellt (S. 252 und 253). Hier erstaunen die internen Diskrepanzen. Die neuen Währungen von Moldavien, Kyrgystan und Armenien entwickeln sich sehr viel besser als der neue russische Rubel.

Die Behandlung der Baltischen Staaten ab 1991 macht dem Autor sichtlich Freude. Kulturelles und staatliches Selbstbewusstsein macht es jedem der drei Staaten leicht, eine eigene Währung zu lancieren.

Auch der Zusammenbruch Jugoslawiens gibt dem Autor reichliches Material. Bosnien, Kroatien und Mazedonien banden ihre neuen Währungen an DM bzw. Euro. Slowenien hingegen bevorzugt ein „crawling peg“, während das alte Jugoslawien in einer Hyperinflation versank.

Bei der Behandlung der EMU-Beitrittskandidaten kritisiert Chown einen Beschluss des ECOFIN-Ministerrates vom November 2000, der sich gegen vorzeitige einseitige „Euroisierung/Dollarisierung“ solcher Länder ausspricht. Hier sieht er, wie in der EU „...private agendas of politicians and bureaucrats...“politische Entscheidungen herbeiführen können.

Der Zusammenbruch der Sterling-Zone (Teil IX) und das Nachkriegs-Lateinamerika und der Ferne Osten (Teil X) runden ein verdienstvolles Werk ab, das drei Erfahrungen vermittelt. Erstens: Wirtschaft und Währung funktionieren nur gemeinsam – oder gar nicht. Zweitens: Währung braucht,

um zu funktionieren, das Vertrauen der Bürger. Drittens: Die Geschichte enthält Lehren für die Gegenwart. „Die lateinische Währungsunion hätte leicht die Grundlage werden können für eine Entwicklung zum Weltgeld („World Money“). Der britische Goldsovereign war 25,2 französische Franc wert und konnte durch eine simple Abwertung („debasement“) auf denselben Goldgehalt reduziert werden wie 25 französische Franc. Hätten die Franzosen daraufhin ihre standardisierte Goldmünze über 20 Franc ersetzt durch eine solche über 25 Franc, wären die beiden Münzen im Verhältnis 1 : 1 getauscht worden. Die Amerikaner, die nach ihrem Bürgerkrieg zu einem Metallstandard zurückkehrten, wären nach Ansicht von Chown durchaus gewillt gewesen, ihren eigenen Standard so anzupassen, dass eine Goldmünze über 5 Dollar exakt denselben Wert gehabt hätte wie ein britisches Pfund und 25 französische Franc. Die Münzen wären austauschbar gewesen, und viele andere Länder hätten sich gewiss angeschlossen. Warum geschah dies nicht? „Die Antwort ist natürlich, dass damals wie heute Politik und Nationalstolz Vorrang hatten vor wirtschaftlicher Vernunft.“ Der Rezensent hält diese Textstelle für die Schlüsselbemerkung des ganzen Buches.

-----

Düsseldorf, im Oktober 2003